

Markus Grübel

Aktuelles aus dem Bundestag

Nr. 1 | 17. Januar 2020



Foto: Tobias Koch

1. Abstimmung zur Organspende

Diese Woche haben wir im Bundestag darüber abgestimmt, wie wir die Zahl der Organspenden erhöhen können. Die Entscheidung der Mehrheit der Abgeordneten lag bei der Zustimmungslösung. Ich habe für die Doppelte Widerspruchslösung gestimmt, also für den Vorschlag von Gesundheitsminister Jens Spahn. Bis zu 10.000 Menschen in Deutschland warten auf ein lebensrettendes Organ. Im Jahr 2018 gab es bundesweit allerdings nur 955 Organspender. Deutschland ist Spenden-Schlusslicht in Europa, jährlich sterben bis zu 2.000 Menschen, die auf der Warteliste stehen. Um das zu ändern standen zwei Gruppenanträge zur Debatte, die von zwei fraktionsübergreifenden Gruppen eingebracht wurden. Eine Gruppe, zu der auch unsere Gesundheitspolitische Sprecherin Karin Maag gehört, hat den Vorschlag für eine Verbesserung der bisher geltenden Zustimmungslösung eingebracht. Nach diesem Vorschlag werden Organe weiter wie bisher nur nach einer bewussten Entscheidung der Spender gespendet werden dürfen. Um die Spendenbereitschaft zu

erhöhen soll man laut dem Antrag seine Entscheidung stets in einem Onlineregister widerrufen können, durch mehr Aufklärung und Beratung, zum Beispiel durch Hausärzte, soll die Bereitschaft zur Spende in der Bevölkerung erhöht werden.

Die andere Gruppe um Gesundheitsminister Spahn hat die Widerspruchslösung vorgeschlagen. Diese sieht vor, dass grundsätzlich jeder als potenzieller Organspender gilt, soweit er, oder seine Angehörigen, nicht widersprechen. Alle Bürger in Deutschland sollen zum Inkrafttreten des Gesetzes und dann zukünftig zum 16. Geburtstag angeschrieben und über die Rechtslage aufgeklärt werden. Damit ist die Möglichkeit zum Widerspruch gegeben, und das durch das mögliche Votum der Angehörigen gleich doppelt. Die Organspende bleibt auch bei diesem Vorschlag eine freie und persönliche Entscheidung.

Da es sich bei dieser Entscheidung um eine schwierige ethische Frage handelte, haben wir Abgeordnete nach unserer persönlichen Entscheidung gestimmt, unabhängig welcher

Fraktion wir angehören. Ich habe für die Widerspruchslösung gestimmt, denn für mich sprechen die Zahlen eine deutliche Sprache: Wir haben nicht genug Spender. Auch wenn sich nach Angaben der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung rund 84 Prozent der Deutschen sich vorstellen können ihre Organe zu spenden, haben trotzdem nur rund 36 Prozent tatsächlich auch einen Organspenderausweis. Der Zustimmungslösung ändert für mich nicht genug an der bisherigen Situation. Die Wartelisten werden wahrscheinlich dennoch lang bleiben. Mit der Widerspruchslösung hätte sich das geändert. Gleichzeitig sehe ich die persönliche Freiheit nicht eingeschränkt, da jeder der Entnahme von Organen widersprechen kann. Für mich ist die Notwendigkeit der Erhöhung der Zahlen der Spenderorgane so wichtig, dass ich es vertretbar gefunden hätte, die Widerspruchslösung einzuführen. Wir alle wären im Falle eines Falles unendlich dankbar für ein Spenderorgan! Ich beschäftige mich schon lange mit dem Thema Organspende, ich habe mir diese Entscheidung nicht leicht gemacht. Nun hat die Zustimmungslösung die Mehrheit. Diese müssen wir nun zügig umsetzen!

Die Debatte war auch dafür wertvoll, dass sich viele Menschen mit dem Thema Organspende auseinandersetzen. Ich finde, jetzt gilt es umso mehr, möglichst viele Menschen davon zu überzeugen, sich einen Organspenderausweis zuzulegen! Infos und Spendeausweise gibt es unter www.organspende-info.de!

Übrigens habe ich auch einige Organspenderausweise in meinem Wahlkreisbüro, die Sie sich gerne abholen können!



Hat schon lange einen Organspenderausweis: Markus Grübel. (Foto: CLi)

2. Gespräch mit Bischof Komarica



Bischof Komarica und Markus Grübel im Gespräch (Foto: WS)

Mit Bischof Franjo Komarica aus Banja Luca in Bosnien und Herzegowina habe ich mich diese Woche über die Einrichtung einer Friedens- und Versöhnungsstätte in Banja Luca für alle ethnischen Gruppen ausgetauscht.

3. Neujahrsempfang des Parlamentskreises Mittelstand

Beim Neujahrsempfang des Parlamentskreises Mittelstand hat dieses Jahr Friedrich Merz die Neujahrsrede gehalten. Er rief die Unionsfraktion dazu auf, unzufriedene Wähler von den Grünen wie auch von der AfD zurückzugewinnen. Die Union hätte ein Wählerpotential von über 35 Prozent, man müsse wieder mehr Wähler der politischen Mitte überzeugen.



Friedrich Merz spricht über die Zukunft der Union.
(Foto: MG)

Bei der Veranstaltung habe ich auch einen echten Oscar in meinen Händen halten können. Gewonnen von Gerd Nefzer aus Schwäbisch Hall, Landwirt und Effekt-Spezialist. Fleiß, Sparsamkeit und Disziplin – schwäbische Tugenden haben ihn zum Erfolg gebracht.



Oscargewinner Gerd Nefzer mit Markus Grübel.
(Foto: MG)

4. Freien Waldorfschule Esslingen in Berlin

Schüler der Freien Waldorfschule Esslingen haben mich diese Woche im Bundestag besucht! Im Fraktionsvorstandssaal habe ich Ihnen die Abläufe im Deutschen Bundestag erklärt, meinen Alltag als Abgeordneter und mein Amt als Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit beschrieben. Anschließend habe ich die Fragen der Schüler beantwortet, was in eine rege Diskussion zu Künstlicher Intelligenz und autonomen Fahren und der sich anschließenden Frage, wem die Daten gehören, mündete.



Schüler der Freien Waldorfschule Esslingen im Gespräch mit Markus Grübel (Foto: SMü)

5. Einladung zum Neujahrsempfang der CDU-Wernau am 21. Januar 2020

Muss sich Deutschland militärisch stärker in der Welt engagieren?

Die Situation im Nahen und Mittleren Osten gleicht nicht erst seit dem Drohnenangriff auf den iranischen General Qassem Soleimani einem Pulverfass. Deutschland muss klären, ob es bereit ist, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen, auch militärisch.

Für den Esslinger Bundestagsabgeordneten Markus Grübel, der von 2013 bis 2018 Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung war, zieht die aktuelle sicherheitspolitische Situation klare Folgen nach sich: „Deutschland ist aufgrund seiner Größe und wirtschaftlichen Stärke dazu verpflichtet, sich in sicherheitspolitischen Fragen stärker zu engagieren und eine Führungsrolle innerhalb der EU, der Vereinten Nationen und der NATO zu übernehmen.“ Anlässlich des Neujahrsempfangs der CDU-Wernau wird Markus Grübel seine Einschätzung am 21. Januar um 20:00 Uhr im Quadrium in Wernau erläutern.

Zahl der Woche



Null – So viele Verkehrstote wünschen wir uns jährlich. Wir haben die Bundesregierung mit einem Antrag dazu aufgefordert, die „Vision Zero“, also das Ziel einer vollständigen Vermeidung von Verkehrstoten als Leitgedanken in die Straßenverkehrsordnung (StVO) aufzunehmen. Hierzu sollen etwa solche verkehrspolitische Maßnahmen durchgesetzt werden, die Risiken für Radfahrer verringern, wie etwa geschützte Radfahrstreifen oder Parkverbotszonen im Kreuzungsbereich. Außerdem soll die Bundesregierung prüfen, wie die hohe Zahl von Rechtsabbiege-Unfällen von Kraftfahrzeugen unter 3,5t mit Fahrrädern reduziert werden kann. Aus unserer Sicht soll es Kommunen mit Blick auf den Schutz von Radfahrern erleichtert werden, innerorts die Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 km/h für ganze Straßen unabhängig von besonderen Gefahrensituationen anzuordnen. Des Weiteren sieht der Antrag Anpassungen im Bußgeldkatalog bei Verstößen auch und gerade von Radfahrern gegen die StVO vor.

Impressum

Markus Grübel MdB | Abgeordnetenbüro Berlin
Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: 030-227 719 73 | Telefax: 030-227 769 64
E-Mail: markus.gruebel@bundestag.de

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Sie möchten diesen Newsletter nicht mehr erhalten? Dann schreiben Sie bitte eine E-Mail an markus.gruebel@bundestag.de!